

memorandum^x

der Internationalen Organisation für Sozialtourismus

OITS

Tourismus für alle:
eine europäische Herausforderung



Seit ihrer Gründung im Jahr 1963 verfolgt die Internationale Organisation für Sozialtourismus (OITS) das Ziel, möglichst vielen Menschen das Reisen zu ermöglichen. Gleichzeitig soll der Tourismus als Faktor der sozialen Integration den Einheimischen und den Beschäftigten der Branche zu Gute kommen.

In den letzten 50 Jahren hat sich sowohl in den europäischen Gesellschaften als auch auf globaler Ebene Vieles verändert. Unsere Welt hat sich stark weiterentwickelt. Globalisierung und der Einfluss der Wirtschaft bestimmen heutzutage politische Handlungsspielräume. Die tiefen Gräben der Konflikte des vorigen Jahrhunderts konnten überwunden werden. Jedoch gibt es noch immer viele Bereiche, in denen wir uns nicht mit dem jetzigen Zustand zufrieden geben sollten.

Im Tourismussektor und im Transportwesen hat in den letzten Jahren ein enormes Wachstum stattgefunden. Die Mobilität einer bedeutenden Anzahl von Menschen in der ganzen Welt ist stark angestiegen¹. Ebenso hat sich ein ökologisches Bewusstsein herausgebildet und es bestehen starke Widersprüche zwischen den beiden Entwicklungen.

In Bezug auf den Zugang zum Tourismus hat sich Vieles entwickelt. Die positiven Einflüsse des Reisens auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden finden immer mehr Anerkennung und in den Industrienationen ist die Zahl der Personen, die verreisen, lange Zeit stark angestiegen. Heute aber lässt sich in diesen Ländern eine gegenläufige Entwicklung feststellen: die Zahl derer, die verreisen, stagniert oder nimmt zum Teil sogar stark ab².

Umgekehrt stellt man diesbezüglich in Asien und anderen aufstrebenden Volkswirtschaften wie auch in vielen anderen Bereichen einen starken Anstieg fest. Der afrikanische Kontinent hingegen, der seine Prioritäten an dringlicheren Problematiken orientieren muss, ist von solch einem Aufschwung noch weit entfernt. Dennoch nimmt das Interesse an dieser Thematik in einigen afrikanischen Staaten langsam zu.

1 Nach Schätzungen der GD Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission repräsentiert der Tourismus mehr als 5 % des BIP der EU-Staaten. Insgesamt beläuft sich die Zahl der in Beherbergungsbetrieben Beschäftigten in diesen Ländern auf 2,3 Millionen und in der gesamten Tourismusbranche auf 12-14 Millionen. Der Tourismus ist in der EU somit nach dem Handel und Vertrieb sowie dem Baugewerbe die dritt wichtigste sozioökonomische Aktivität.

2 Laut Eurostat wird geschätzt, dass im Jahr 2010 ca. 51,5 % der Bevölkerung der EU-Staaten am Tourismus teilnahmen, d.h. im Laufe des Jahres für mindestens vier zusammenhängende Übernachtungen verreisten.

Das Streben nach einer Erweiterung der sozialen Dimension des Tourismus ist somit keineswegs überholt, sondern weiterhin von aktueller Bedeutung. Obwohl die finanziellen Mittel, die den Akteuren des Sozialtourismus zukommen, nicht weiter ausgeweitet werden oder gar abnehmen, lässt sich dennoch feststellen, dass der sozialen Dimension des Tourismus von den politischen Entscheidungsträgern immer mehr Beachtung geschenkt wird. Dieser soziale Aspekt ist von besonderer Bedeutung, wenn man bedenkt, welche Hebelwirkung er auf die wirtschaftliche Aktivität und die Beschäftigung in diesem Sektor haben könnte. Dies gilt insbesondere für den „nationalen“ Tourismus. Ebenso wichtig ist eine vermehrte staatliche Übertragung touristischer Aktivitäten auf die Gebietskörperschaften in Form von Initiativen, die mehr Bürgern das Reisen ermöglichen könnten. Zusammen mit der wachsenden Bedeutung des europäischen Kontextes und des internationalen Handelns - Europa ist das wichtigste Reiseziel der Welt - könnten diese Maßnahmen einen neuen politischen Rahmen für den europäischen Tourismus darstellen³.



Letztendlich fördert die Möglichkeit des Reisens innerhalb der EU durch das Entdecken anderer Kulturen und das Kennenlernen von Einwohnern anderer Länder die Herausbildung einer europäischen Bürgerschaft. Der Tourismus kann somit die europäische Identität bereichern und ein Träger des Friedens in der EU sein.

Die OITS mit ihrer großen Vielfalt an Mitgliedern (Staaten, Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Reiseveranstalter und andere Akteure des Tourismus, Universitätsmitarbeiter etc.) feierte zuletzt ihr 50-jähriges Bestehen und blickt voller Tatendrang in die Zukunft.

Zu diesem Anlass und mit Hinblick auf die bisherigen Erläuterungen möchten wir politische, soziale und wirtschaftliche Entscheidungsträger dazu aufrufen, der Tourismusbranche die Bedeutung zuzumessen, die ihr Gewicht als Wirtschaftszweig rechtfertigt, und effektive politische Maßnahmen zu unterstützen, die möglichst vielen Bürgern unserer Staaten das Reisen ermöglichen.

Denn trotz Ferienansprüchen und der rechtlichen Verankerung von Urlaubstagen ist das tatsächliche Reisen für viele Menschen in den meisten unserer Staaten längst noch keine Realität.

3 Siehe Mitteilung der Europäischen Kommission vom 30. Juni 2010

Zehn Vorschläge an die Europäische Union

Alle Studien, die uns 2013 vorliegen, zeigen, dass sich die Krise in der Europäischen Union sehr deutlich auf das Reiseverhalten der Europäer auswirkt.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sind noch nie so wenige Menschen in den Urlaub gefahren und man kann davon ausgehen, dass nur eine knappe Mehrheit von ca. 55 % der Europäer in diesem Jahr verreisen konnte. Besonders starke Rückgänge sind in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal sowie auch in Großbritannien und Frankreich zu verzeichnen. Darüber hinaus ist die Quote in vielen osteuropäischen Staaten weiterhin sehr niedrig, auch wenn dort kein vergleichbarer Einbruch stattgefunden hat. In manchen dieser Länder lässt sich sogar ein Anstieg beobachten.

Die OITS war sehr zufrieden darüber, dass sich das Europäische Parlament und die Kommission mittels der Einführung und der Finanzierung des Projekts „Calypso“ dieser Thematik angenommen haben. Durch diese Initiative konnten zahlreiche öffentliche und private Akteure sensibilisiert und eine umfangreiche Studie zum Sozialtourismus in der Europäischen Union durchgeführt werden. Zudem wurden mehrere Pilotprojekte mit vier Zielgruppen (ältere Menschen, Jugendliche, einkommensschwache Familien, Personen mit Behinderungen) umgesetzt. Schließlich konnte auch eine ehrgeizige europäische Plattform für Sozialtourismus finanziert werden, um die nötigen Voraussetzungen für einen wirklichen „Markt für einen europäischen Tourismus für alle“ zu schaffen. All dies sind wertvolle Errungenschaften.

Die Thematik des „Tourismus für alle“, also des Zugangs zum Urlaub für möglichst viele Menschen, wurde außerdem in einigen zuletzt angenommenen offiziellen Texten von verschiedenen EU-Institutionen formal anerkannt und mit berücksichtigt. Zum einen handelt es sich dabei um die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zu *Europa - wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus*, in der die Kommission und die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert werden, „ihre Maßnahmen fortzusetzen, um es benachteiligten Personen zu ermöglichen, leichteren Zugang zum Urlaub zu erlangen“. Zum anderen steht in diesem Zusammenhang auch die bereits angeführte Mitteilung der Kommission vom 30. Juni 2010, in der die vorgesehenen Maßnahmen bezüglich der Initiative Calypso erläutert werden. Darüber hinaus spielt auch die auf einem informellen Treffen der Minister vom 15. April 2010 gebilligte Erklärung von Madrid *Towards a socially responsible tourism model* eine wichtige Rolle.

Aber dennoch besteht für die Europäische Union in diesem Bereich noch viel Handlungsbedarf.

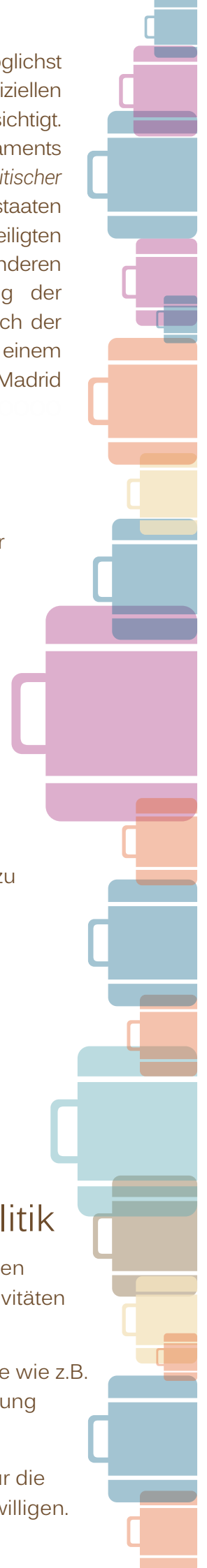
Aus diesem Grund ruft die OITS die Europäische Kommission sowie die Mitglieder des Europäischen Parlaments, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten dazu auf, die folgenden zehn Empfehlungen zu integrieren:

Zwei politische Schwerpunkte

- 1 Im Vertrag von Lissabon (Artikel 195) erhält der Tourismus als strategischer und drittstärkster Sektor der europäischen Wirtschaft eine größere Anerkennung. Auf dieser Basis sollte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten angeregt und gefördert werden, um insbesondere einen innereuropäischen Tourismus für alle zu entwickeln, der darauf aufbaut, dass verschiedene Ministerien in tourismuspolitische Maßnahmen eingebunden werden.
- 2 Eine bessere Identifizierung der für diese Zusammenarbeit nötigen europäischen Instrumente und Finanzierungsmöglichkeiten bei der Überarbeitung des Finanzplans für die Periode 2014-2020 ist anzuraten.

Drei Vorschläge für eine staatenübergreifende Tourismuspolitik

- 3 Anregung und Unterstützung transnationaler, innereuropäischer Initiativen und Projekte, insbesondere für eine bessere Verteilung touristischer Aktivitäten über die verschiedenen Jahreszeiten.
- 4 Förderung und Entwicklung von Austauschprogrammen für Jugendliche wie z.B. Schulreisen innerhalb Europas, die den ersten Schritt zu der Herausbildung eines europäischen Zugehörigkeitsgefühls darstellen.
- 5 Überwachung und Garantie von angemessenen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Tourismus, einschließlich der Saisonarbeiter und Freiwilligen.



Fünf Vorschläge für die Entwicklung sozialer Tourismuspolitiken

Basierend auf der Definition des Sozialtourismus als die Förderung von Instrumenten und Maßnahmen, die jenen Personen den Zugang zu Urlaub und zum Tourismus erleichtern, die aus physischen oder finanziellen Gründen davon ausgeschlossen sind, empfiehlt die OITS Folgendes:

- 6 Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Unterstützung und Schaffung von Maßnahmen, die es jenen Menschen ermöglichen, Zugang zum transnationalen Tourismus zu erhalten, die aus finanziellen oder physischen Gründen nur schwer am Tourismus teilnehmen können. Als Orientierung dienen bewährte Verfahrensweisen wie Ferienprogramme für ältere Menschen, die ursprünglich in Spanien und Portugal angeboten wurden, Urlaubsgutscheine, die vor über 30 Jahren in der Schweiz und Frankreich eingeführt wurden, die Auszahlung des doppelten Urlaubsgelds in Belgien sowie das ungarische Programm Erzsébet
- 7 Schaffung neuer Fördermaßnahmen wie z.B. eines europäischen Fonds für einen leichteren Zugang zum Tourismus in Kombination mit den bereits bestehenden nationalen oder regionalen Instrumenten. Dies könnte zu einer Aufwertung und der Verbreitung bewährter Verfahren, wie der Plattform eCalypso, führen und die Entwicklung des transnationalen Tourismus erleichtern.
- 8 Unterstützung der Akteure des Sozialtourismus, die sich den Kriterien einer sozialen und solidarischen Wirtschaft verpflichten, sowie aller anderen Akteure, die sich in diesem Kontext nachprüfbar und auf eine nachhaltige Entwicklung bedacht für ihre Mitbürger engagieren. Ein Vorschlag hierzu wäre die Auszeichnung der Reiseziele, die den Vorgaben der europäischen Charta für nachhaltigen und verantwortungsbewussten Tourismus entsprechen, die derzeit noch ausgearbeitet wird.
- 9 Unterstützung des Austausches bewährter Verfahrensweisen und Maßnahmen, die Personen mit Behinderungen Zugang zum Tourismus und zu Freizeitaktivitäten ermöglichen, und Förderung europäischer Initiativen zur Verbesserung barrierefreier touristischer Dienstleistungen⁴.
- 10 Anregung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Integration von Unterstützungsmechanismen für Tourismusprogramme mit sozialer oder solidarischer Ausprägung in ihren Politiken, bei denen die Zusammenarbeit mit Partnern außerhalb der Europäischen Union im Vordergrund steht.

4 Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2007.

Anhand dieser zehn Empfehlungen ruft die OITS somit die politischen Entscheidungsträger dazu auf, dem Tourismus und den ihm zugrunde liegenden, in der sozialen und der wirtschaftlichen Realität verankerten humanistischen Werten eine größere Bedeutung zuzusprechen.

Ermöglicht man es mehr Familien und mehr Bürgern der Europäischen Union in den Urlaub zu fahren, sowohl in ihrem eigenen Land als auch in anderen Ländern Europas, dann, so die Überzeugung der OITS, ermöglicht man es auch der EU sich weiterzuentwickeln und „ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“ (Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union).

Brüssel, 4. Oktober 2013

